




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

7.06.06

„Jetzt muss die Hafenvirtschaft nachziehen!“

Rossmann fordert Aufstockung des Ausgleichsfonds für die Elbvertiefung

Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist nach Auffassung des Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann der gestrige Beschluss des Hamburger Senats über einen Ausgleichsfonds für die Elbvertiefung. „Endlich hat Hamburg seinen Ankündigungen erste Taten folgen lassen. Das ist eine gute Nachricht“, betont der Abgeordnete, der sich bereits seit Jahren für die Beteiligung der Hansestadt an den Ausgleichsmaßnahmen in den unter Verschlickung ihrer Häfen leidenden Elbgemeinden einsetzt.

Sorge macht Rossmann aber die geringe Ausstattung des Fonds: „Ursprünglich war den Anliegern einmal ein Fonds mit einem Grundkapital von rund 15 Millionen Euro avisiert worden“, berichtet der Abgeordnete. „Und mit der jetzt von Seiten der Stadt Hamburg vorgesehenen Einlage von fünf Millionen können schwerlich die 400000 Euro erwirtschaftet werden, die der Wirtschaftssenator alljährlich ausschütten will. Die Ge-

samtkosten der nötigen Ausbaggerungsarbeiten betragen nach Angaben des Senats rund 1,3 Millionen Euro im Jahr.“

Der Fonds drohe sich mithin innerhalb weniger Jahre aufzuzehren. Da es sich bei der Verschlickung der Elbhäfen aber um ein Dauerproblem handele, sei eine Lösung mit Langzeitperspektive unverzichtbar.

Rossmann: „Deshalb ist es unumgänglich, dass die Hamburger Hafenwirtschaft endlich ihrer Verantwortung gerecht wird und die Einlage des Fonds mindestens um dieselbe Summe aufstockt. Der Hamburger Wirtschaftssenator hat offenbar verstanden, dass sich auch diejenigen bewegen müssen, die von der Elbvertiefung profitieren. Auch dort muss man das Verursacherprinzip akzeptieren!“

Er hoffe daher, dass es dem Senator gelinge, auch die Dringlichkeit des Anliegens für die Gemeinden an der Unterelbe zu vermitteln: „Die Beteiligung der Hafenwirtschaft an dem Projekt ist unverzichtbar. Und es wäre nur angemessen, wenn die Frage der Ausgleichsmaßnahmen mit demselben Engagement geklärt würde, mit dem die Planungen für die Elbvertiefung vorangetrieben werden. Dem gestrigen ersten Schritt in die richtige Richtung müssen jetzt bald weitere folgen.“